



Kanton Zug



Zuger Treuhändervereinigung

# Aktuelle Informationen

Philipp Moos, Leiter Abteilung Natürliche Personen

Vorabendveranstaltung mit der Steuerverwaltung

Zuger Treuhändervereinigung vom 26. Oktober 2010

# Themen

- Stand kantonale Steuergesetzrevision 2012
- Neuerungen Steuerjahr 2011
- Steuergerechtigkeitsinitiative

# Stand kantonale Steuergesetzrevision 2012

- **8. Oktober 2010**
  - Ablauf Vernehmlassungsfrist
  - Auswertung von 40 Vernehmlassungsantworten
  
- **Winter - Frühling 2010-11**
  - Vorberatende Kommission des Kantonsrats
  - Staatswirtschaftskommission
  - Beratung im Kantonsrat und Verabschiedung
  
- **Herbst 2011**
  - Eventuell Referendum und Volksabstimmung
  
- **Januar 2012**
  - Inkrafttreten

# Neuerungen Steuerjahr 2011

## Restliche Themen der Unternehmenssteuerreform II (USTR II)

- Steueraufschub bei Überführung von Liegenschaften aus dem Geschäfts- ins Privatvermögen
- Tiefere und gesonderte Besteuerung von Liquidationsgewinnen aus Personengesellschaften
- Aufschub der Besteuerung der stillen Reserven bei Erbteilung

# Neuerungen Steuerjahr 2011

## Restliche Themen der Unternehmenssteuerreform II (USTR II)

- Steuerliche Erleichterung der Verpachtung
- Ausweitung der Ersatzbeschaffung bei Personen- und Kapitalgesellschaften
- Wechsel vom Nennwert- zum Kapitaleinlageprinzip
- Ausweitung des Beteiligungsabzuges bei Kapitalgesellschaften
- Bewertung der immateriellen Güter und des beweglichen Vermögens des Geschäftsvermögens zum Buchwert

# Neuerungen Steuerjahr 2011

## Änderungen bei der Familienbesteuerung Bundessteuer

- **Allgemeiner Abzug** bis zu CHF 10'000 pro Kind (bis zum 14. Lebensjahr) von Kinderdrittbetreuungskosten (Art. 212 Abs. 2<sup>bis</sup> DBG) wenn kausaler Zusammenhang zu Erwerbstätigkeit, Ausbildung, Erwerbsunfähigkeit besteht
- **Elterntarif** = Systemnovum (Art. 214 Abs. 2<sup>bis</sup> DBG):  
→ CHF 250 Abzug pro Kind vom Steuerbetrag
- **Kreisschreiben ESTV** erscheint im Dezember 2010, Darstellung von 14 Familienkonstellationen (über 40 Seiten)

# Neuerungen Steuerjahr 2011

## Weitere Änderungen direkte Bundessteuer

- Abzug für Beiträge an politische Parteien
  - Max. CHF 10'000 p.a.
  - Partei muss im Parteienregister eingetragen sein, in einem kantonalen Parlament vertreten oder bei der letzten Wahlen 3 % der Stimmen erhalten haben
  
- Ausgleich der kalten Progression (neu jährlich)
  - Ausgleich von 5,16 % (letzte Anpassung 2004)
  - Einfluss auf Tarife und Sozialabzüge

# Steuergerechtigkeitsinitiative





# Steuergerechtigkeitsinitiative

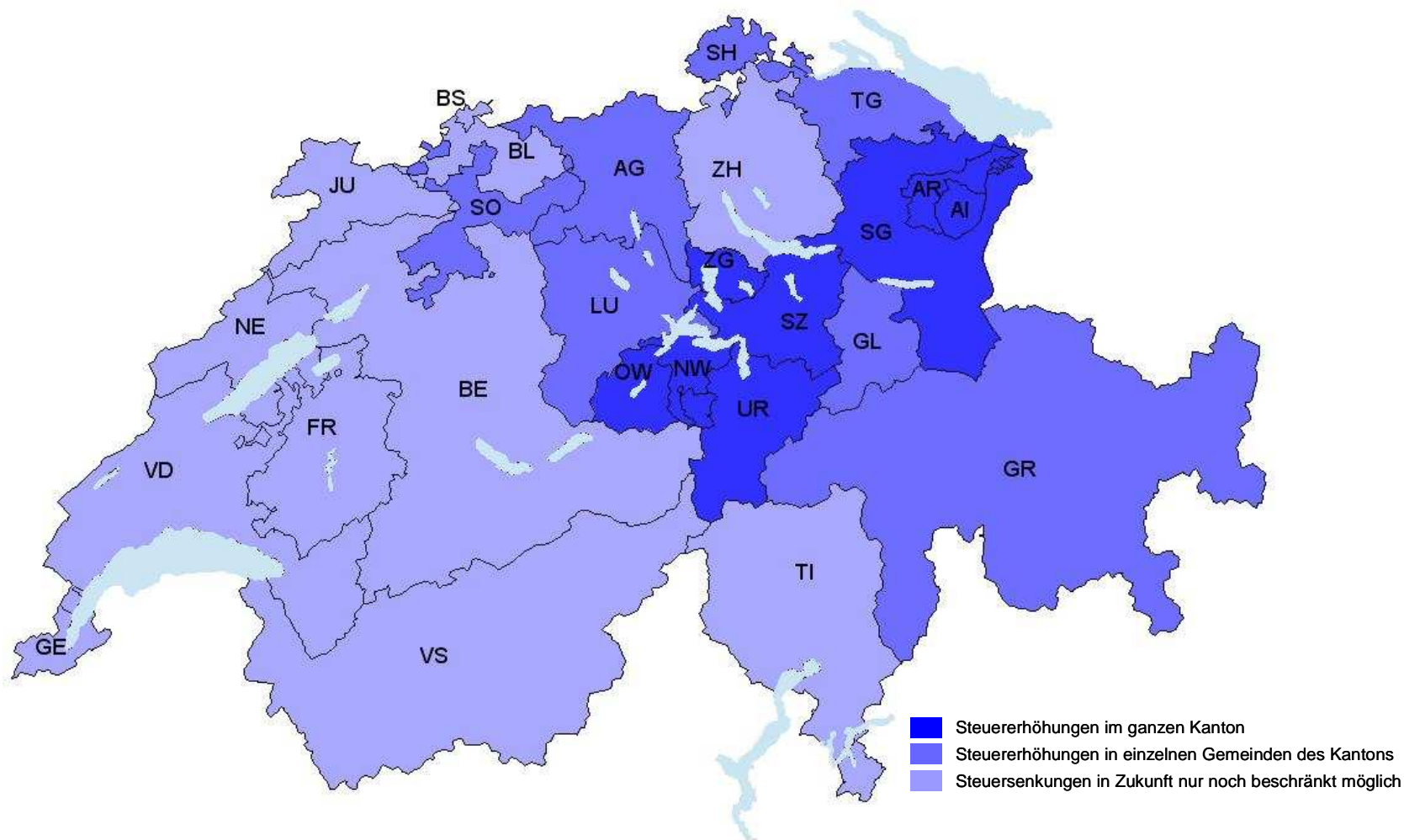
## Was will die Initiative?

- Regelung in **Bundesverfassung** Art. 129 Abs. 2<sup>bis</sup> (neu)
- Grenzsteuersatz der **kantonalen** und **kommunalen** Steuern für steuerbares Einkommen ab CHF 250'000 in allen Kantonen mindestens 22 % (Alleinstehende)  
→ **Zug heute, ca. 12 - 13 %**
- Grenzsteuersatz der **kantonalen** und **kommunalen** Steuern für steuerbares Vermögen ab CHF 2'000'000 in allen Kantonen mindestens 5 ‰ (Alleinstehende)  
→ **Zug heute, ca. 3 - 3,1 ‰**
- Verbot degressiver Steuertarife
- Zusätzliche «Ablieferung» der Steuermehreinnahmen in den **Finanzausgleich**

— Kanton Zug

# Steuergerechtigkeitsinitiative

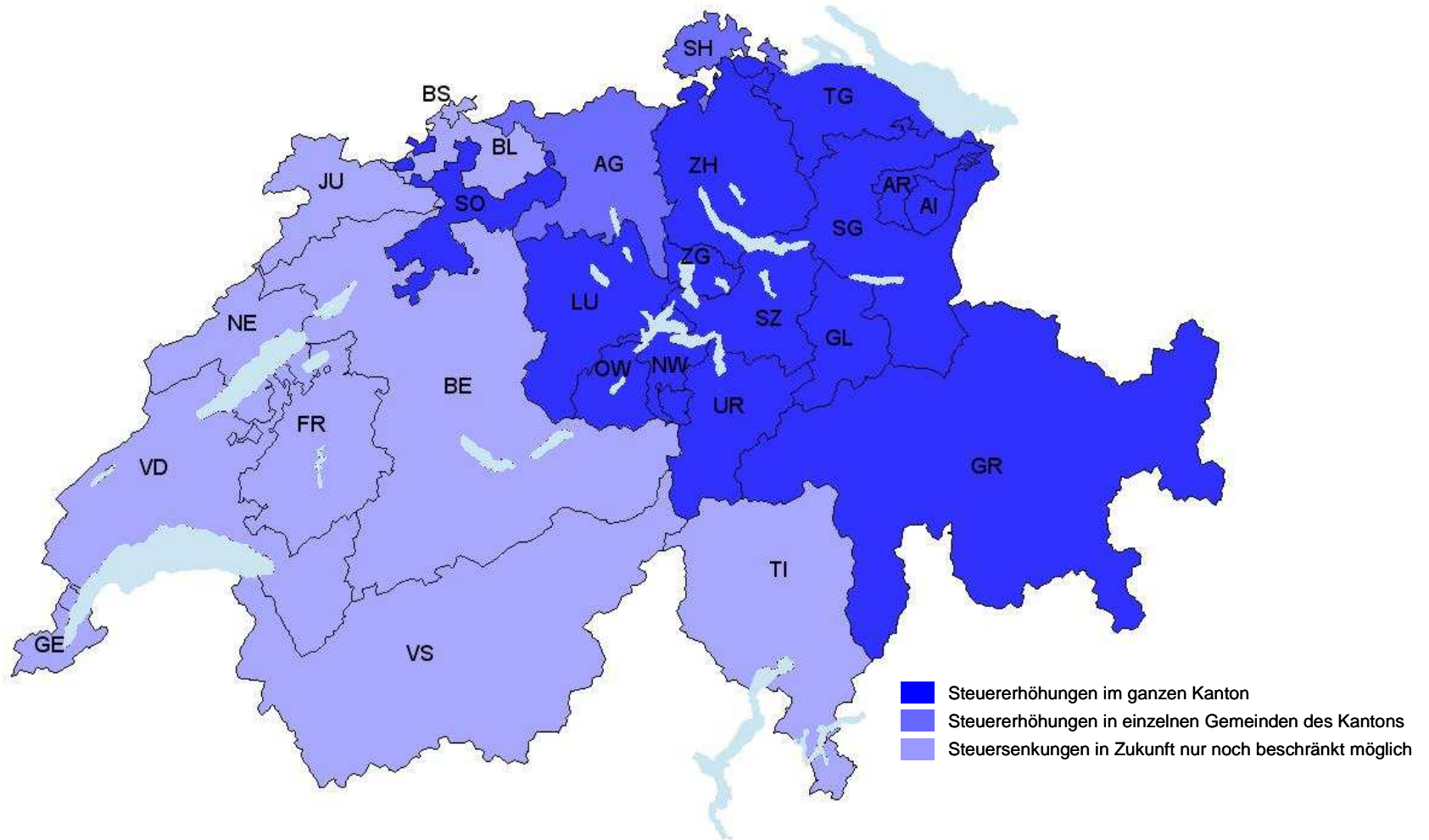
## Auswirkungen Einkommenssteuern



— Kanton Zug

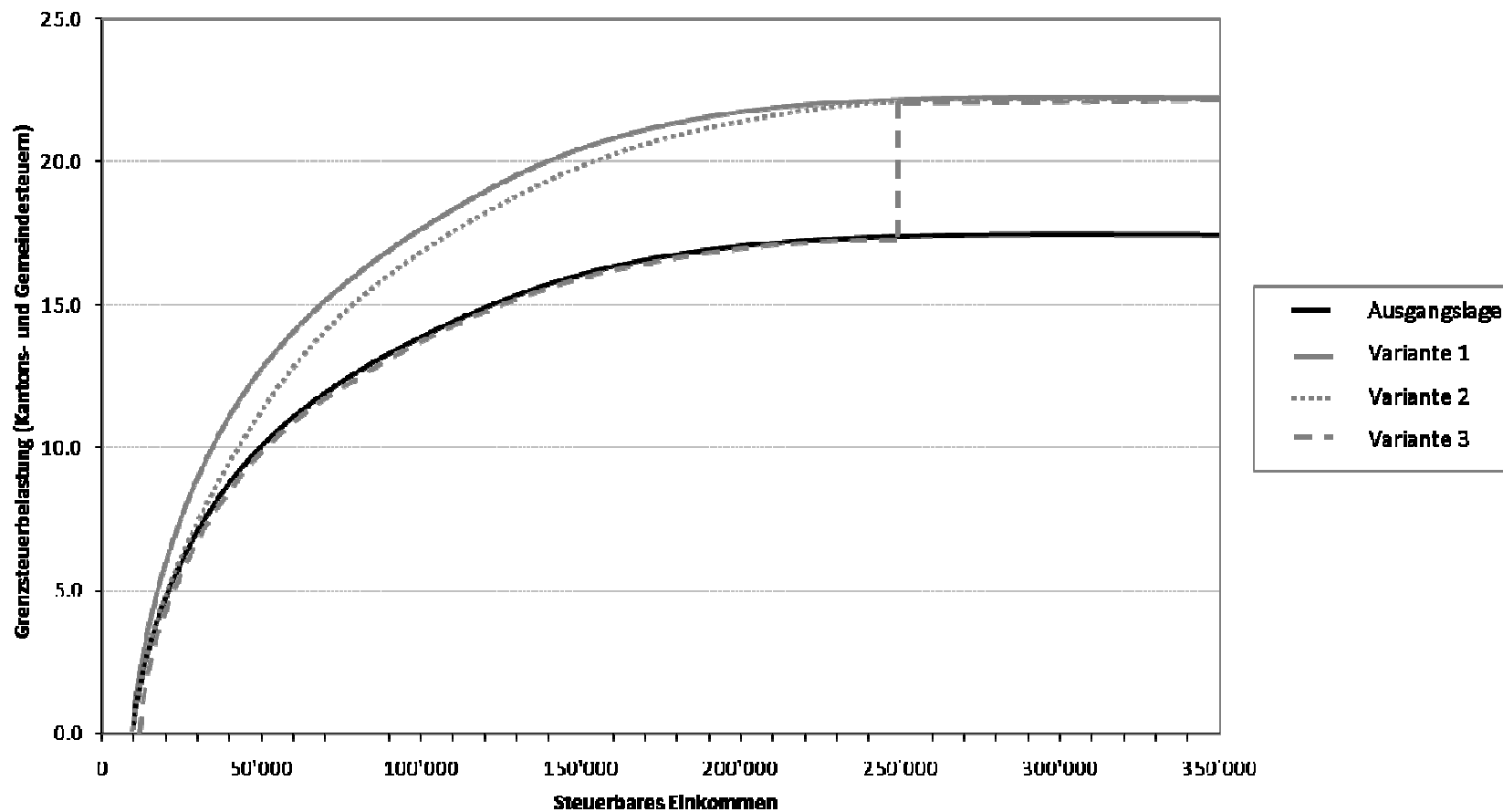
# Steuergerechtigkeitsinitiative

## Auswirkungen Vermögenssteuer



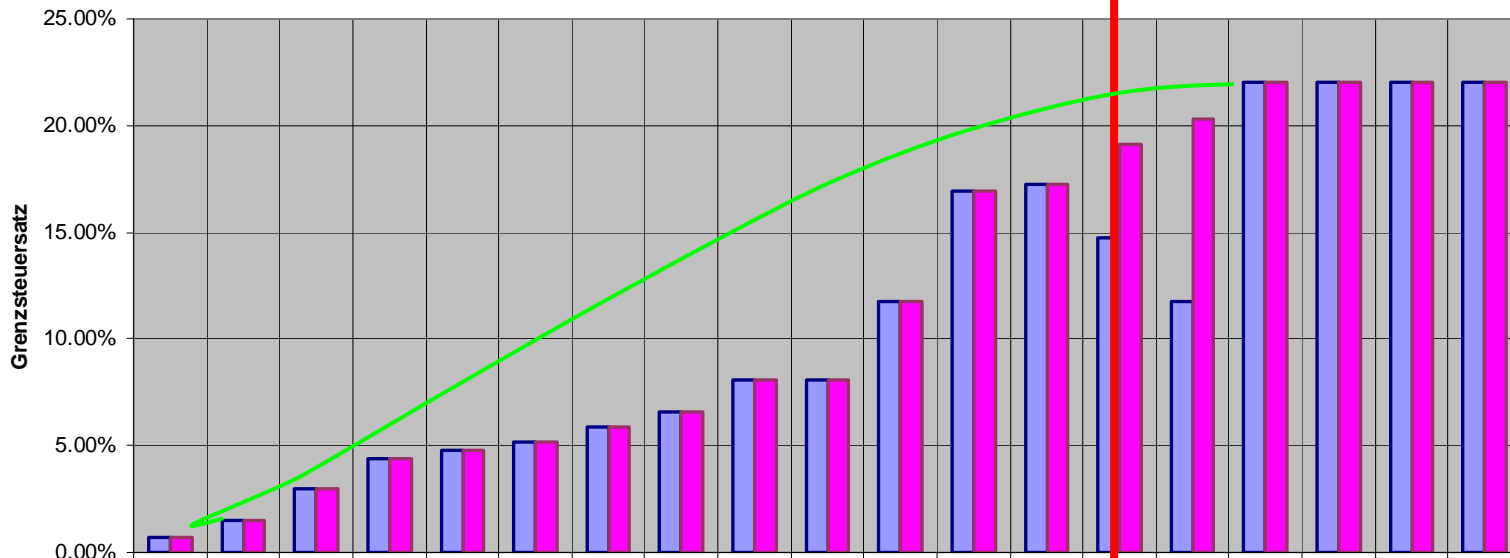
# Steuergerechtigkeitsinitiative

## Mögliche Tarifierungsvarianten

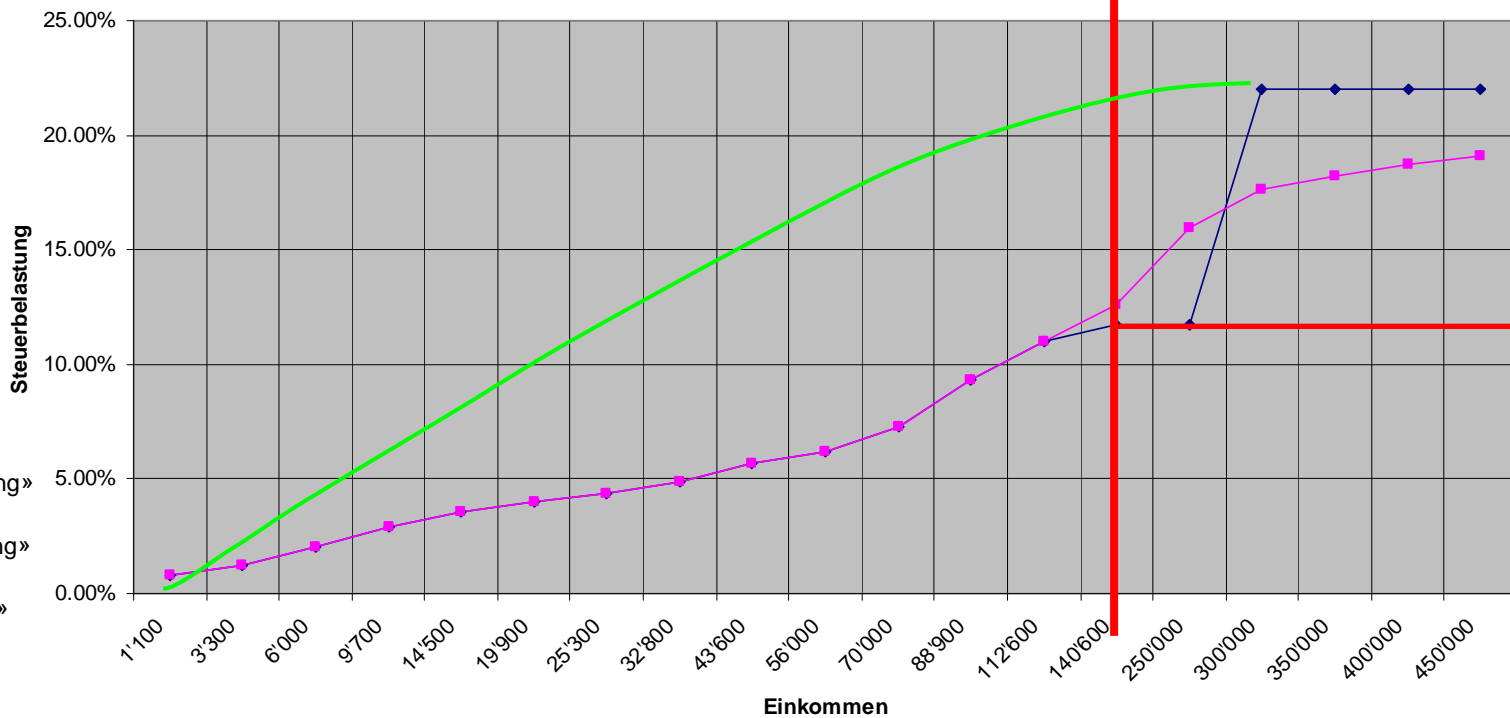


(Tarif Ledige, Kanton 82%, Gemeinde 65%)

# Kantons- und Gemeindesteuern Zug ohne direkte Bundessteuer



Max. neu  
22%



Max. neu  
22.00 %

Max. heute  
11.76 %

- Variante «Sprung»
- Variante «leichte Glättung»
- Variante «volle Glättung»

# Steuergerechtigkeitsinitiative

## Unsinnige Ergebnisse vorprogrammiert

- Zusammenspiel Kanton und Gemeinden?
- Steuerhoheit der Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden?
- Überflüssige Steuereinnahmen Gemeinden?
- Wie sollen abzuliefernde Mehreinnahmen bestimmt werden?

# Steuergerechtigkeitsinitiative

Im Einklang mit Parlament und Bundesrat lehnen die Kantonsregierungen die SP-Steuerinitiative ab, weil...

- ...sie die Grundprinzipien des erfolgreichen Schweizerischen Föderalismus verletzt;
- ...sie alle Kantone und alle Steuerzahlenden negativ betrifft;
- ...sie den Standort Schweiz schwächt;
- ...sie unnötig ist und genügend Spielregeln und Fairplay bestehen;
- ...sie Umsetzungsprobleme schafft.

# Steuergerechtigkeitsinitiative

## Initiative ist zur Annahme verlockend

- Stimmung in der Bevölkerung im Zusammenhang mit «Abzocker», «Boni» usw.
  - «Neidfaktor» spielt mit
  - Über 90 % der Steuerpflichtigen (→ Stimmbürger) sind davon vermeintlich nicht betroffen
- Thematisierung, Aufklärung, Erklärung ist dringend notwendig



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit  
Fragen Diskussion ?

Philipp Moos  
philipp.moos@zg.ch